

Plattform für Frieden und Solidarität
c/o SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
8005 Zürich
plattform@solifonds.ch

Zürich/Bern, 6. November 2020

Herr Bundesrat Guy Parmelin
Mitglieder des Bundesrats

Sistierung des überarbeiteten Freihandelsabkommens mit der Türkei

Kündigung des bestehenden Freihandelsabkommens mit der Türkei

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte

Mit Genugtuung hatten wir – die unterzeichnenden Organisationen der Plattform für Frieden und Solidarität – im Frühjahr zur Kenntnis genommen, dass Sie die Notifikation des überarbeiteten Freihandelsabkommens mit der Türkei ausgesetzt haben. Nun haben wir heute durch die Medien erfahren, dass Sie die Ratifikation des Freihandelsabkommens mit der Notifikation doch abschliessen wollen.

Wir sind bestürzt, dass Sie diesen Schritt zum jetzigen Zeitpunkt unternehmen wollen und fordern Sie eindringlich auf, darauf zu verzichten. Nachfolgend listen wir Ihnen eine Reihe von Fakten auf, die es dringlicher denn je erscheinen lassen, dem türkischen Präsidenten und seiner Regierung gegenüber ein deutliches Zeichen zu setzen. Wir selber fordern Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin, sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte, auf, ein weiter gehendes Zeichen zu setzen und das bestehende Freihandelsabkommen mit der Türkei zu kündigen. Dies aufgrund folgender Umstände:

- Angesichts der fortdauernden Repression und schweren Menschenrechtsverletzungen in der Türkei:
 - *Die abgesetzte Bürgermeisterin von Van Edremit, Rojbin Cetin, wurde zuhause verhaftet. Dabei wurden Hunde auf sie gehetzt. Anschliessend wurde sie misshandelt und sexuell belästigt. Eine Anwältin hat die Verletzungen im Spital fotografiert und veröffentlicht. Auch sie wurde zur Befragung festgenommen (Fotos in unserem Besitz).*
 - *Anwältinnen und Anwälte sowie ganze Anwaltskammern werden systematisch an der Ausübung ihrer juristischen Tätigkeit gehindert, indem sie von der türkischen Justiz missbräuchlich angeklagt werden. Im August verstarb die Anwältin Ebru Timtik nach 238-tägigem Todesfasten. Es war ihr letztes Mittel, um für einen fairen Prozess zu kämpfen.*
 - *Zwei Zivilisten (Servet Turgut und Osman Şiban) sind nach ihrer Verhaftung aus einem Hubschrauber gestossen worden und haben sich dabei schwerste Verletzungen zugezogen. Dies belegen Spitalberichte und Aussagen von Dorfbewohner*innen. Servet Turgut ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen,*

Osman Şiban liegt im Koma. Amnesty International hat eine Untersuchung gefordert. Vier Journalisten, welche über den Vorfall berichteten, wurden in Untersuchungshaft genommen. Zwei davon sind zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden.

- *Täglich werden Frauen aus verschiedenen Frauenorganisationen verhaftet.*

• *Angesichts der andauernden Missachtung von Demokratie und jeglicher Rechtsstaatlichkeit:*

- *52 BürgermeisterInnen sind nach den Wahlen im Frühjahr 2019 unter willkürlichen Umständen, vielfach unter Berufung auf anonyme Zeug*innen, verhaftet worden. Ihre Gemeinden wurden unter Zwangsverwaltung gestellt. Am 6. Oktober 2020 wurden gegen alle Mitglieder des Zentralvorstands der HDP Haftbefehle ausgestellt. 18 Mitglieder wurden verhaftet, drei wurden wieder entlassen, und acht Mitglieder werden behördlich gesucht.*

- *Gegen den Bürgermeister von Kars, Ayhan Bilgen, wird zum zweiten Mal in der gleichen Sache ein Haftbefehl erlassen. Beim ersten Verfahren wurde er vom obersten Gerichtshof vollumfänglich freigesprochen und erhielt zudem eine namhafte Entschädigung vom türkischen Staat. Durch dieses Vorgehen versucht die türkische Regierung, den Kanton Kars unter Zwangsverwaltung zu stellen.*

- *Gegen 82 Personen sind Haftbefehle ausgestellt worden, da sie 2014 (!) an Protesten gegen die türkische Invasion in Kôbane teilgenommen haben sollen.*

- *Mitglieder der HDP werden systematisch und aufgrund von willkürlichen Gründen verhaftet.*

• *Angesichts der Angriffe und Kriminalisierung von Kritiker*innen des Erdogan-Regimes im Ausland:*

- *Im September wurde durch die Aussagen eines ehemaligen Mitarbeiters des türkischen Geheimdiensts MIT bekannt, dass in Österreich der MIT einen Anschlag auf Berivan Aslan, kurdischstämmige Politikerin der Grünen, sowie auf weitere Parteimitglieder geplant hatte.*

- *Auch in der Schweiz kam es wiederholt zu Aktionen des türkischen Geheimdiensts gegenüber kritischen Kurd*innen und Schweizer*innen. Gegen kurdische Kulturlokale in Genf, Lausanne und Basel wurden in sozialen Medien gerade kürzlich Drohungen ausgesprochen.*

- *In einem Bericht des AKP-Thinktanks Seta, der 2019 veröffentlicht wurde, werden mehrere Parlamentarier*innen aus der Schweiz sowie Einzelpersonen und Organisationen diffamiert. Hinzu kommt, dass solche Informationen offenbar ungefiltert vom schweizerischen Nachrichtendienst übernommen wurden.*

• *Angesichts des völkerrechtswidrigen militärischen Einmarsches in Ost- und Nord-syrien, in Teilen der Autonomen Region Kurdistan im Irak, sowie angesichts der Errichtung von militärischen Basen;*

- *Auch der Bundesrat hat den Einmarsch der Türkei in Syrien als Verletzung des Völkerrechts eingestuft und deshalb die Notifikation des überarbeiteten Freihandelsabkommen im Frühjahr sistiert.*

- Angesichts der aggressiven Aussenpolitik der Türkei in Libyen, Syrien, Zypern und neuerdings im Konflikt um Berg-Karabach;
 - *In der Türkei findet aktuell eine Hetzjagd gegen armenischstämmige türkische Bürger*innen statt. Laufend finden vor Kirchen Demonstrationen und Provokationen gegen christliche Minderheiten statt. Die Angst der armenischstämmigen Bevölkerung wächst täglich.*
 - *Garo Paylan, der armenischstämmige Parlamentsabgeordneter der HDP aus Diyarbakir, ist von der Hasskampagne, die von ASAM, einem Verein von ehemaligen Generälen und Geheimdienstlern geführt wird, besonders betroffen. Er hatte gesagt, dass bei einem Krieg niemand gewinnen würde und die Probleme besser mit Dialog gelöst werden sollten.*
 - *Im äusserst aggressiv geführten Streit um Öl- und Gasvorkommen im Mittelmeer riskiert der Präsident kriegerische Auseinandersetzungen mit Griechenland und anderen Ländern der Europäischen Union und damit einen Flächenbrand mit unvorhersehbaren Risiken.*

Aufgrund dieser Umstände fordern wir Sie auf, der türkischen Regierung gegenüber ein Zeichen des Missfallens und der Zurückweisung zu formulieren und damit der Forderung nach Frieden und Demokratie in der Türkei Nachdruck zu verleihen.

Deshalb fordern wir den Bundesrat auf, dass das überarbeitete Freihandelsabkommen nicht ratifiziert, d.h. die Notifikation gestoppt wird, und dass das bestehende Freihandelsabkommen mit der Türkei gemäss Art. 33 gekündigt wird. Der Bundesrat soll auch dahingehend wirken, dass diese Kündigung im Rahmen der Efta erfolgen kann. Sollte dies nicht möglich sein, so soll die Kündigung unilateral durch die Schweiz erfolgen.

Wir sind gerne bereit, Ihnen weitere Auskünfte zu erteilen oder Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Für Ihre Aufmerksamkeit danken wir Ihnen und grüssen Sie freundlich

Für die Plattform für Frieden und Solidarität



Urs Sekinger, Präsident SOLIFONDS

Kopien:

Mitglieder der Aussenpolitischen Kommissionen des Nationalrats und des Ständerats

Für weitere Auskünfte:

Gülsen Celikkol, Mitglied der CaBi- Solidaritätsgruppe Syrien/Kurdistan 078 736 36 94

Anita Escher, Mitarbeiterin medico international schweiz, 078 421 19 77

Lami Özgen, ehem. Präsident des türkischen Gewerkschaftsbunds KESK, 078 985 77 22

Urs Sekinger, Präsident SOLIFONDS, 078 852 92 25

Unterzeichnende Organisationen:

BastA - Basels starke Alternative
Brückenschlag «Zürich <—> Amed/Diyarbakir»
CaBi- Solidaritätsgruppe Syrien/Kurdistan St. Gallen
CETIM, Centre Europe – Tiers Monde, Genève
Demokratische Aleviten Föderation
Demokratisches kurdisches Gesellschaftszentrum Schweiz
Demokratische Jurist_innen Schweiz
Demokratisch-kurdischer Kulturverein – Derneği
Europäisches BürgerInnenforum
Gesellschaft für bedrohte Völker
Gewerkschaftsbünde Stadt und Kanton Bern
GRÜNE Schweiz
HDK – Demokratischer Kongress der Völker, Schweiz
Kurd-Akad, Schweiz
Kurdisches Menschenrechtszentrum Genf
medico schweiz international
Kurdische Menschenrechtsvereinigung
Schweizerischer Friedensrat
SP Schweiz
Solidarité sans Frontières sosf
SOLIFONDS, Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe
SYKP, Partei der sozialistischen Wiedergründung Türkei/Schweiz
syndicom – Gewerkschaft Medien und Kommunikation
Unia, Die Gewerkschaft
Union der kurdischen Frauen - Schweiz
Verein Städtepartnerschaft Basel – Van
vpod – Die Gewerkschaft im Service public
Zentralrat der Suryoye Schweiz